

Sparschweine:

"Eine Regierung muss sparsam sein, weil das Geld, das sie erhält, aus dem Blut und Schweiß ihres Volkes stammt. Es ist gerecht, dass jeder einzelne dazu beiträgt, die Ausgaben des Staates tragen zu helfen. Aber es ist nicht gerecht, dass er die Hälfte seines jährlichen Einkommens mit dem Staate teilen muss." - Friedrich II



Vor einigen Tagen ermahnte uns Frau Merkel, ihres Zeichens Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, dass wir seit vielen Jahren weit über unsere Verhältnisse gelebt haben und deshalb jetzt dringend sparen müssten..

Diese Aussage der Kanzlerin kam kurz nachdem der Bundestag im Eilverfahren ein Rettungspaket in Höhe von unfassbaren 750 Milliarden Euro mit einem deutschen Anteil von 148 Milliarden Euro absegnete. .

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article7727175/Bundestag-billigt-Milliarden-Garantien-fuer-den-Euro.html>

Den Parlamentariern im Bundestag und uns Steuer zahlenden Bürgern wurde dieses Rettungspaket als „alternativlos“ verkauft. Man lies uns wissen, die Kanzlerin rette damit das Geld der Deutschen.

In Wahrheit stimmte das Parlament für einen deutschen Staatsbankrott und gegen die Interessen der Bundesbürger

Sie denken diese Aussage wäre zu hart?
Dann lesen Sie bitte hier:

<http://www.propagandafont.de/129180/geheime-vertragsklausel-des-europaischen-rettungspakets-reist-die-weltwirtschaft-in-den-abgrund.html>

Die aufschlussreichste dieser Vertragsklauseln besagt, dass jedes Land, das feststellt nicht in der Lage zu sein das Rettungspaket für Zinssätze unter der für Griechenland festgelegten Rate von 5% zu finanzieren, sich aus der gesamten Rettungsmaßnahme vollständig zurückziehen kann und die restlichen Länder der Eurozone die dadurch entstehende Differenz zahlen müssen.

Das bedeutet doch nichts Anderes, als dass sich die klammen Südländer aus ihrer Zahlungspflicht stehlen werden. Am Ende bleibt nur der deutsche Zahlmichel übrig. Schließlich waren selbst die „soliden“ Franzosen Anfang Mai schon vor dem finanziellen Abgrund. Woher sollten die vereinbarten „Hilfsgelder“ dann kommen? Wie schlecht es um Spanien, Portugal, Belgien, Irland und Italien steht, wissen wir aus vielen aktuellen Artikeln.

Gerade wurde die spanische Bonität von der Rating Agentur Fitch herabgestuft. Kein gutes Zeichen

<http://www.handelsblatt.com/finanzen/devisen/euro-faellt-fitch-stuft-spaniens-creditwuerdigkeit-herunter;2590487>

Die Finnen haben übrigens auch schon gesagt, dass sie nicht mitmachen werden. Bleiben also nur die „Finanz-Giganten“ Luxemburg, Österreich und Niederlande, die uns beistehen könnten.

Während sich die klammen Euro-Länder peu a peu aus der Verantwortung verabschieden werden, bleiben für uns Deutsche wieder einmal „blühende Landschaften“ und der Traum von einem vereinten Europa, das es so nie gegeben hat und auch nie geben wird.

Dieses Europa ist eine reine Umverteilungs- und Transferunion zu Lasten einiger weniger Länder. Die EU schränkt unsere Freiheit immer mehr ein und erlässt Gesetze, die uns überwachen und bevormunden.

Gerade rechtzeitig kam dann auch noch der EU-Vorschlag die Renten mit 70 einzuführen.
<http://www.welt.de/wirtschaft/article7834256/DIW-Chef-erwartet-schon-bald-Rente-mit-70.html>

Wirklich „schöne Aussichten“ für uns Zahlmichels.

Und dafür sollen wir schon wieder sparen und verzichten Frau Merkel???

Wir haben keine Lust mehr, den Kopf hin zu halten für die Folgen ausufernder Bürokratie, Missmanagement und verfehlter Politik. Der Euro wurde mit dem Niedergang des deutschen Mittelstandes bezahlt. Die Einkommen stagnieren seit vielen Jahren. Während dessen sind sowohl die Preise als auch die Steuern und Sozialabgaben massiv gestiegen. Das was man uns als Reformen verkaufte, hat alles nur verschlimmert, den Bürokratismus gefördert und zur Anhäufung weiterer Schulden geführt.

Die Armut in Deutschland wächst obwohl wir der ex- Exportweltmeister sind!!!

Wie es zu erwarten war, beginnt schon kurz nach der NRW Wahl eine Diskussion um Steuererhöhungen.

Wozu das nie endende Steuerkarussell wirklich führt, erklärt uns Ralph Bärligea in seinem Artikel „**Warum Hartz 4 Empfänger den Spitzensteuersatz zahlen**“.

<http://www.parteidernunft.eu/ein-drittel-nettogesellschaft>

Dabei hatte man uns großspurig Steuersenkungen versprochen. Statt endlich einmal ein Wahlversprechen einzuhalten, serviert man nun wieder die üblichen „geht leider nicht“ Argumente aus der Koalitions-Schublade. Aber es ginge sehr wohl, wenn man das wirklich wollte.

Fangen Sie zuerst einmal da an zu sparen, wo es sinnvoll und möglich ist. Obwohl das Bundesfinanzministerium für 2002 nur knapp 58 Milliarden an Subventionen für Bund, Länder, Gemeinden sowie Fördermitteln der EU und des ERP (European Recovery Program) errechnet hat, kommt das Kieler Institut für Wertewirtschaft auf ganz andere Zahlen.

<http://www.ifw-kiel.de/pub/kd/2008/kd452-453.pdf>

In dessen Bericht wird ersichtlich, dass Deutschland jährlich ca. 150 Milliarden Euro an Subventionen verteilt. Die Subventionierung des Steinkohlebergbaus, der Landwirtschaft, des Verkehrs, der Schifffahrt, der Raumfahrt und die Gelder für die EU sind die eigentlichen Sündenfälle. Weitere erhebliche Gelder werden aus Gebühren und Abgaben bei Gesetzen wie der Verpackungsverordnung, EEG, Wärmeschutzverordnung, Gebäudeenergiepass, CO² bzw. anderer Zertifikate Regelungen und vielem mehr zur Subventionierung eingesetzt. Hier könnte man wirksam den Hebel ansetzen, wenn man ernsthaft sparen möchte. Es gibt aber noch weitaus mehr Sparpotential.

Fangen Sie zuerst einmal da an zu sparen, wo es sinnvoll und möglich ist.

Einige Vorschläge gefällig? Dann lesen Sie bitte hier:

Sparschwein Nr. 1

Es ist unerhört, dass sich das Parlament eine satte Diätenerhöhung genehmigt, während man den Bürgern und Rentnern eine Spar Diät nach der Anderen verordnet. Unser Parlament ist zu einem Selbstbedienungsladen verkommen. Besonders dreist sind in diesem Zusammenhang die Diskussionen um eine Kürzung der Renten und Arbeitslosenunterstützung. Wie heißt es doch so schön. Mit gutem Beispiel vorangehen. Eine Kürzung der Diäten würde vom Bürger sicher als positives Zeichen gesehen, ist aber offenbar zuviel verlangt.

Sparschwein Nr. 2

Wenn man sich den Bundeshaushalt hin und wieder einmal anschaut, fallen einem viele Sparmöglichkeiten auf. Hier ein markantes Beispiel: Für das Bundeskanzleramt, nennen wir es mal das „Reisebüro der Bundeskanzlerin“, wird für 2010 ein Betrag von über 1,837 Milliarden Euro angesetzt. Da ist das Bundespräsidialamt mit **nur** 17 Millionen Euro im Jahr wesentlich günstiger. Zum Vergleich: Das Land Brandenburg hat seit der Oderflut 1997 etwa 220 Millionen Euro für Deichbaumaßnahmen ausgegeben. Dieser Betrag reicht in etwa dazu aus, uns 13 Jahre einen Bundespräsidenten zu leisten. Das entspricht fast exakt der Zeit zwischen zwei Oderfluten. Frau Merkel braucht dazu nur ganze sechs Wochen. Man könnte es auch anders rechnen: Das Geld, das uns Merkel allein in den ersten sechs Monaten ihrer

aktuelle Amtszeit gekostet hat, hätte für vier komplette Deichsanierungen an der Oder gereicht.

Sparschwein Nr. 3

Offiziell redet man gern von ungefähr 26.000 beschäftigten Beamten für die Europäische Union. Das entspricht in etwa der Einwohnerzahl einer durchschnittlichen deutschen Kleinstadt. Dabei werden aber nur die in der EU-Kommission beschäftigten Beamten berücksichtigt. In anderen EU- Institutionen wie Parlament, Rechnungshof, Rat usw. sind aber weitere 14.000 Beamte tätig. Da wird die Stadt schon etwas größer. Gestatten wir uns, nun noch die in nationalen Regierungen mit EU Aufgaben betrauten Beamten hinzu zu rechnen, kommen wir auf die unglaubliche Zahl von 170.000 Beamten. Bitte googeln Sie mal die Einwohnerzahl von Luxemburg. Sie werden überrascht sein. Damit aber nicht genug. In Kürze werden weitere 8.000 Beamte für den auswärtigen Dienst dazu kommen. Wenn ich die Zahl der Beamten mit deren (von mir fiktiv) angenommenen Gehalt in Höhe von 3.000 € monatlich multipliziere, gibt mein Taschenrechner auf.

Quelle:

<http://www.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=3948&Alias=wzo&cob=415806>

Sparschwein Nr. 4

Das Europaparlament hat 735 Abgeordnete, die eigentlich nur einer wesentlichen Tätigkeit nachgehen. **Sie reisen**. Lässt man einmal den Gedanken an den eigentlichen Zweck eines Parlaments und den Vergleich mit dem derzeitigen Europaparlament beiseite, steht immer noch die Frage im Raum, weshalb die „Parlamentarier“ sowie deren Tross aus Beamten und Lobbyisten permanent zwischen Straßburg, Brüssel und Luxemburg herumreisen müssen. Während die **zwölf** Plenarsitzungen in Straßburg stattfinden, trifft man sich in Brüssel zu Ausschuss- und Fraktionssitzungen. In Luxemburg befindet sich dann ein Teil der Parlamentsverwaltung und des Generalsekretariats, dessen anderer Teil wiederum in Brüssel untergebracht ist. Ich erspare mir hier, die tatsächlichen Kosten zu ermitteln. Bleibt aber immer noch die Frage, wofür wir dieses Parlament überhaupt brauchen? Die eigentliche Macht haben doch sowieso die nicht frei von uns gewählten Kommissare.

Sparschwein Nr. 5

Ich hatte bereits in meinem Artikel „Mit Steuergeld geförderte Sackgasse“ <http://www.parteidervernunft.eu/node/845> ausführlich beschrieben, wie kostenintensiv die Förderung „erneuerbarer Energien“ für uns Bürger ist. Dabei ist schon der Begriff an sich unsinnig. Man kann Energie erzeugen oder verbrauchen, aber nicht erneuern. Allein die Förderung von Solarstrom, Windkraft und anderer unwirtschaftlicher Erzeugungsarten durch das EEG (Einspeisevergütung) kostete jeden Bürger in Deutschland im Jahr 2009 weit über 130 Euro mit steigender Tendenz. Nicht eingerechnet sind die massiven Verluste an Arbeitsplätzen durch zu teure Energie in vielen Bereichen der Wirtschaft. Die unzähligen angeblich neu geschaffenen Arbeitsplätze dieser „Zukunftsbranche“ entstehen inzwischen, auch als Folge der hohen Kosten in Deutschland, hauptsächlich im asiatischen Raum.

Sparschwein Nr. 6

Selbst der Bild Zeitung ist schon aufgefallen, dass es in Deutschland erheblichen Bedarf zur Reduzierung von Behörden gibt. In dem Artikel „Die 50 überflüssigsten Behörden

Deutschlands“ <http://www.bild.de/BILD/politik/2010/05/25/beamtenapparat-das-sind-die-ueberfluessigsten-behoerden/liste-der-sinnlosesten-50-aemter.html>

werden haarsträubende Vorgänge beschrieben. Hier ein Beispiel:

Wir beschäftigen in der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein 200 Mitarbeiter mit einem Etat von 126 Millionen Euro. Diese Behörde hat die Aufgabe ein Monopol zu schützen, das 1976 abgeschafft wurde.

Oder das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. 1230 Mitarbeiter verbraten dort einen Etat von 209 Millionen Euro. In jeder größeren Stadt, in den Kreisen und Regierungsbezirken gibt es ähnliche Behörden, die diese Tätigkeit leicht übernehmen können. Der Vorteil liegt auf der Hand, da diese Behörden ihren Standort wesentlich besser kennen als eine Bundesbehörde.

.... noch einer gefällig?

Der deutsche Wetterdienst mit 2400 Planstellen und einem Etat von etwa 200 Millionen Euro sagt Wirtschaft und Medien auf Kosten des Steuerzahlers wie das Wetter wird. Damit wird der freie Wettbewerb ausgehebelt und private Wetterdienst kaputt gemacht.

... und hier mein Favorit:

Das Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen, Julius Kühn-Institut (JKI) ist eine Forschungseinrichtung des Bundes und eine selbständige Bundesoberbehörde mit Sitz in Quedlinburg. Das JKI hat 1200 Mitarbeiter, davon 300 Wissenschaftler, in Quedlinburg, Braunschweig, Berlin und Kleinmachnow mit mehreren Instituten sowie an den Standorten Bernkastel-Kues, Darmstadt, Dresden-Pillnitz, Dossenheim, Groß Lüsewitz, Münster und Siebeldingen. Außer den 15 Instituten gibt es Einheiten, die unterstützend arbeiten: Das „Informationszentrum und Bibliothek“ und die Zentrale Datenverarbeitung an vier Standorten des JKI sowie die Verwaltung. Das JKI ist für das Schutzziel Kulturpflanze in seiner Gesamtheit zuständig. Diese Zuständigkeit umfasst die Bereiche Pflanzengenetik, Pflanzenbau, Pflanzenernährung und Bodenkunde sowie Pflanzenschutz und Pflanzengesundheit. Damit kann das JKI ganzheitliche Konzepte für den gesamten Pflanzenbau, für die Pflanzenproduktion bis hin zur Pflanzenpflege entwickeln.

Ich schlage dem geneigten Leser vor, selbst zu lesen, womit sich dieses Institut beschäftigt. Julius-Kühn-Institut. <http://www.jki.bund.de/de/startseite/veroeffentlichungen.html>

Und hier einige dazu gehörenden Budgets Forschungsbudgets: <http://www.gabi.de/projekte-alle-projekte.php?sortierung=institut&reihenfolge=aufsteigend>

Sie schütteln den Kopf? Weitere 46 wirklich sinnvolle Einsparmöglichkeiten nennt der weiter oben verlinkte Artikel.

Dies waren nur 6 von unzähligen Einsparmöglichkeiten. Wie man zukünftig all´ diesem Unsinn mit einem bzw. zwei richtig gesetzten Kreuzen auf dem Wahlzettel ein Ende bereiten kann, erfahren Sie hier: <http://www.parteidervernunft.eu/parteiprogramm.html>

Seltsamerweise kommen unsere Regierenden nicht auf solche Gedanken. Woran mag das wohl liegen?

„Wenn du merkst, dass ein Handel nicht durch Zustimmung sondern durch Zwang zustande kommt — wenn du erkennen musst, dass du, um zu produzieren, eine Erlaubnis von Menschen bekommen musst, die nichts produzieren — wenn Du siehst, dass Geld zu denen fließt, die nicht mit Waren handeln, sondern diese nur für sich ausnutzen — wenn du feststellst, dass manche Menschen durch Gaunereien und bezogene Vergünstigungen viel reicher werden als durch ehrliche Arbeit und deine Gesetze dich nicht vor ihren Machenschaften schützen, die Gesetze sie aber vor dir schützen — wenn du siehst, dass Korruption belohnt wird und Ehrlichkeit nur zu Selbstaufopferung führt, dann merkst du vielleicht, dass deine Gesellschaft zum Scheitern verurteilt ist.“

Ayn Rand (amerikanische Philosophin 1905 - 1982)

Disclaimer:

Dieser Artikel ist als völlig unverbindliche Information anzusehen wie ein Zeitungsartikel. Jegliche Haftung irgendwelcher Art für den Inhalt oder daraus abgeleiteter Aktionen der Leser wird ausdrücklich und vollständig ausgeschlossen. Das gilt auch für alle Links in diesem Artikel, für deren Inhalt ebenfalls jegliche Haftung ausgeschlossen wird.

Zum Autor:

Gerhard Breunig ist Bundesgeneralsekretär der Partei der Vernunft und Autor vieler Artikel auf der Parteiseite www.parteidervernunft.eu. Weitere Informationen zum Thema oder Kontakt erhalten Sie unter gerhard.breunig@parteidervernunft.eu

© 2010 by Gerhard Breunig, Reproduktion/Publikation sowie Zitate aus diesem Artikel sind mit Angabe des Autors und der Quelle www.parteidervernunft.eu ausdrücklich erlaubt. Bitte besuchen Sie uns auf unserer Web-Site und unterstützen Sie uns in Wahlkampf zur Landtagswahl in Baden Württemberg. Jede Stimme zählt.